




Markttransparenzstelle nimmt Energie- und Kraftstoffpreise unter die Lupe

Markttransparenzstelle nimmt Energie- und Kraftstoffpreise unter die Lupe
Verkaufspreise für Benzin und Diesel in Echtzeit erheben und auswerten
Am Donnerstag entscheidet der Deutsche Bundestag über die Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas. Hierzu erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer: "Mit dem heutigen Beschluss beschreiten wir einen neuen Weg. Die Markttransparenzstelle wird in zwei wichtigen Bereichen eine laufende Marktbeobachtung übernehmen. Sie erhält zum einen wegen der laufend unbefriedigenden Wettbewerbssituation auf den Kraftstoffmärkten die Befugnis, die Verkaufspreise für Benzin und Diesel in Echtzeit zu erheben und auszuwerten. Es ist geplant, dass private Online-Preisinformationssysteme auf diese Daten zurückgreifen und dadurch interessierten Verbrauchern eine transparentere Kraftstoffpreisübersicht, z.B. in Form von Apps für Smartphones, zu Verfügung steht. Diese verbesserte Datengrundlage ermöglicht den Autofahrern eine gezielte Auswahlentscheidung über die günstigste Tankstelle in ihrer jeweiligen Umgebung. Unser Ziel, den Wettbewerb und die Verbraucherinteressen auf den Kraftstoffmärkten zu stärken, kommen wir damit ein gutes Stück näher. Zum anderen wird die Markttransparenzstelle eine transparente und wettbewerbskonforme Preisbildung bei der Vermarktung und beim Handel mit Strom und Gas auf der Großhandelsstufe sicherstellen und aktuelle Daten für das laufende Monitoring der Energiewende erheben. Eine sichere und preiswerte Strom- und Gasversorgung ist Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Umbau der Energieversorgung. Die Markttransparenzstelle wird Verstöße gegen die Verbote des Insiderhandels und der Marktmanipulation, die Verpflichtung zur Ad hoc-Publizität und der Meldepflichten sanktionieren. Sie erhält die notwendigen behördlichen Instrumente, um Daten zu erheben, Verstöße zu untersuchen und entsprechend zu ahnden."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>
 http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=513403

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.